

**No. 43366**

---

**Germany  
and  
European School**

**Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Executive Board of the European Schools concerning the European School in Frankfurt am Main. Brussels, 31 July 2002**

**Entry into force:** *18 October 2005 by notification, in accordance with article 13*

**Authentic texts:** *German*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Germany,  
15 December 2006*

---

**Allemagne  
et  
École européenne**

**Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Conseil d'administration des écoles européennes concernant l'École européenne à Frankfurt am Main. Bruxelles, 31 juillet 2002**

**Entrée en vigueur :** *18 octobre 2005 par notification, conformément à l'article 13*

**Textes authentiques :** *allemand*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Allemagne,  
15 décembre 2006*

[ GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND ]

**Abkommen**

**zwischen**

**der Regierung der Bundesrepublik Deutschland**

**und**

**dem Obersten Rat der Europäischen Schulen**

**über**

**die Europäische Schule in Frankfurt am Main**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
der Oberste Rat der Europäischen Schulen -

von dem Wunsche geleitet, im Sinne des Artikels 2 des Protokolls vom 13. April 1962 über die Gründung Europäischer Schulen die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass die Europäische Schule in Frankfurt am Main (im Folgenden "Schule" genannt) ihre Aufgaben unter den bestmöglichen ideellen und materiellen Bedingungen erfüllen kann -

sind wie folgt übereingekommen:

Kapitel 1  
Gebäude und Ausstattung der Schule

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich, dem Obersten Rat der Europäischen Schulen zum Zweck und für die Dauer des Betriebs der Schule die dafür erforderlichen Gebäude sowie eine Erstausrüstung an Einrichtungsgegenständen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Sie übernimmt die Bauunterhaltung der Gebäude und die Haftung für Risiken, die üblicherweise vom Eigentümer getragen werden. Die laufenden Lasten und die nutzungsbedingten Instandhaltungskosten sowie die Haftung für die mit der Benutzung verbundenen Schäden, insbesondere die Haftung des Benutzers für Schäden an der benutzten Sache, übernimmt die Schule. Die von ihr beschafften Einrichtungsgegenstände und Lehrmittel bleiben Eigentum der Schule.

(2) Die Stadt Frankfurt am Main bleibt Eigentümerin des Schulgrundstückes in Frankfurt am Main nebst den darauf errichteten Gebäuden und den Einrichtungsgegenständen der Erstausrüstung. Die Stadt Frankfurt am Main versichert die Schulgebäude nach Maßgabe der örtlich geltenden Bestimmungen.

**Kapitel 2**  
**Vorrechte und Befreiungen**

**Artikel 2**

- (1) Die Gebäude der Schule stehen unter dem besonderen Schutz der deutschen Behörden.
- (2) Die Archive der Schule sind unverletzlich. Im Rahmen der Verfolgung von Straftaten können durch die zuständigen Strafverfolgungsbehörden jedoch Akten eingesehen werden. Personalakten von Lehrkräften, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, dürfen in jedem Fall nur mit vorheriger Zustimmung des Vertreters des Obersten Rats eingesehen werden.

**Artikel 3**

- (1) Hat die Schule Gegenstände erworben oder sonstige Leistungen in Anspruch genommen, die ausschließlich für ihren satzungsgemäßen Bedarf bestimmt sind, so vergütet das Bundesamt für Finanzen die ihr hierfür von dem Unternehmer in Rechnung gestellte und von ihr bezahlte Umsatzsteuer auf Antrag aus dem Aufkommen der Umsatzsteuer, wenn der Steuerbetrag im Einzelfall 25,- € übersteigt. Satz 1 gilt nicht für den Erwerb von Lebensmitteln und Tabakerzeugnissen.
- (2) Die Vergütung nach Absatz 1 wird nur gewährt, soweit die anderen Satzungsmitglieder den in ihren Hoheitsgebieten ansässigen Europäischen Schulen eine entsprechende Steuerentlastung gewähren.
- (3) Die Vergütung ist unter Beifügung der in Betracht kommenden Rechnungen beim Bundesamt für Finanzen zu beantragen. Der Antrag ist bis zum Ablauf des Kalenderjahres einzureichen, das dem Jahr des Umsatzes folgt. Er soll alle Vergütungsansprüche eines Abrechnungszeitraumes, der mindestens ein Kalendervierteljahr beträgt, umfassen. Der Schule sind schriftliche Bescheide zu erteilen, wenn den Anträgen nicht entsprochen wird.
- (4) Mindert sich der Steuerbetrag, hat die Schule das Bundesamt für Finanzen unverzüglich zu unterrichten. Der zuviel erhaltene Vergütungsbetrag ist innerhalb eines Monats nach

Bekanntwerden der Minderung zurückzuzahlen. Er kann mit den Vergütungsansprüchen aufgrund eines in diesem Zeitraum abgegebenen Antrags verrechnet werden.

#### Artikel 4

Die Einfuhr von Gegenständen, die ausschließlich für den satzungsgemäßen Bedarf der Schule bestimmt sind, ist einfuhrumsatzsteuerfrei. Dies gilt nicht für die Einfuhr von Lebensmitteln und Tabakerzeugnissen. Artikel 3 Absatz 2 gilt entsprechend.

#### Artikel 5

Wird ein Gegenstand veräußert, den die Schule für den satzungsgemäßen Bedarf erworben oder eingeführt hat und für dessen Erwerb oder Einfuhr ihr eine Entlastung von der Umsatzsteuer oder Einfuhrumsatzsteuer nach Artikel 3 Absatz 1 oder Artikel 4 gewährt worden ist, so ist der Teil der Umsatzsteuer oder Einfuhrumsatzsteuer, der dem Veräußerungspreis entspricht, an das Bundesamt für Finanzen abzuführen. Der abzuführende Steuerbetrag kann aus Vereinfachungsgründen durch Anwendung des im Zeitpunkt der Veräußerung für die Lieferung des Gegenstandes geltenden Steuersatzes ermittelt werden. Artikel 3 Absatz 4 gilt entsprechend.

#### Artikel 6

(1) Die zusätzlichen Vergütungen, die Entschädigungen und Zulagen, die der Oberste Rat der Europäischen Schulen dem abgeordneten Personal der Schule aufgrund der Vorschriften des Statuts des abgeordneten Personals der Europäischen Schulen in der jeweils geltenden Fassung zahlt, sind von dem auf sie entfallenden Teil der Einkommensteuer befreit.

(2) Die Gehälter und ähnliche Bezüge, die ein anderes im Obersten Rat vertretenes Satzungsmitglied dem von ihm an die Schule abgeordneten Personal einschließlich des Direktors für seine Tätigkeit an dieser Schule zahlt, sind unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit von dem auf sie entfallenden Teil der Einkommensteuer befreit, wenn der entsendende Mitgliedstaat sie seinen Steuern vom Einkommen unterwirft.

Artikel 7

Die Mitglieder des Obersten Rats und der Inspektionsausschüsse genießen bei der Wahrnehmung ihrer Ämter sowie auf der Reise zum und vom Tagungsort:

1. Unverletzlichkeit aller ihrer amtlichen Schriftstücke und Urkunden;
2. Befreiung von allen Einwanderungsbeschränkungen und von der Meldepflicht für Ausländer;
3. dieselben Erleichterungen hinsichtlich der Währungs- und Devisenvorschriften wie Vertreter ausländischer Regierungen mit vorübergehendem amtlichen Auftrag.

Artikel 8

Das abgeordnete Personal der Schule sowie die zu seinem Haushalt gehörenden und von ihm unterhaltenen Familienmitglieder unterliegen nicht dem Erfordernis der Aufenthaltserlaubnis. Die Bestimmungen über die allgemeine Meldepflicht nach den Meldegesetzen der Länder der Bundesrepublik Deutschland bleiben unberührt.

Artikel 9

Dem abgeordneten Personal der Schule stehen im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland dieselben Vorrechte in Bezug auf Devisenvorschriften zu, wie sie allgemein den Mitgliedern des Personals internationaler Organisationen gewährt werden.

Artikel 10

(1) Für das abgeordnete Personal der Schule gelten – vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 – nicht die deutschen Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung sowie über das Kindergeld und die Beitrags- und Umlagepflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung,

1. soweit diese Bediensteten dem System der sozialen Sicherheit der Europäischen Schulen angehören und
2. sofern seitens der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Konsultation mit dem Obersten Rat diesem gegenüber erklärt wird, dass die sozialen Leistungen des Systems der Europäischen Schule ausreichend sind und die Befreiung von den deutschen Vorschriften nach dieser Bestimmung unter Berücksichtigung der Interessen der Europäischen Schulen und des abgeordneten Personals gerechtfertigt ist; die Befreiung von den deutschen Vorschriften tritt mit dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Erklärung des Vertreters der Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Bundesanzeiger ein; sie wirkt auch auf den Zeitpunkt vor der Erklärung zurück, der in der Erklärung bestimmt wird, mindestens aber auf einen Zeitpunkt, der fünf Jahre vor der Veröffentlichung der Erklärung im Bundesanzeiger liegt.

(2) Im Falle eines Bediensteten, der bei Abgabe der Erklärung nach Absatz 1 Nummer 2 von der Schule beschäftigt wird, erfolgt eine Befreiung von den Vorschriften über die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung aufgrund des Absatzes 1 nur, wenn er damit einverstanden ist. Das Einverständnis ist gegenüber dem Träger der Rentenversicherung binnen eines Jahres nach dem Zeitpunkt abzugeben, in dem seitens der Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Erklärung nach Absatz 1 Nummer 2 abgegeben worden ist; die Frist wird auch gewahrt, wenn die Erklärung gegenüber einem unzuständigen Träger der Rentenversicherung abgegeben wird. Die Versicherungspflicht entfällt mit Eingang der Einverständniserklärung. Der Bedienstete kann bestimmen, dass die Versicherungspflicht mit einem früheren Zeitpunkt der Beschäftigung bei der Schule entfällt, frühestens jedoch mit dem mit der Erklärung seitens der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Absatz 1 Nummer 2 letzter Halbsatz bestimmten Zeitpunkt.

(3) Der Befreiung nach den Absätzen 1 und 2 gehen die versicherungsfreiheit und die Befreiung von der Versicherungspflicht nach den Vorschriften der gesetzlichen Rentenversicherungen vor.

#### Artikel 11

(1) Sind Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung für einen Zeitraum entrichtet worden, für den eine Versicherungspflicht aufgrund des Artikels 10 nicht besteht, so sind die-

se Beiträge nach Maßgabe der deutschen Vorschriften für zu Unrecht entrichtete Beiträge zu erstatten. Sie sind, soweit eine Erstattung geltend gemacht wird, nach Konsultation mit dem Obersten Rat gemäß Artikel 10 Absatz 1 Nummer 2 vorrangig zur Begründung oder Auffüllung von Anwartschaften des Bediensteten im Versorgungssystem der Organisation an diese ausbezahlen. Der Erstattungsanspruch verjährt abweichend von § 27 Absatz 2 des Vierten Buches des Sozialgesetzbuches in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Erklärung nach Artikel 10 Absatz 2 abgegeben worden ist. Nicht erstattete Beträge gelten, ohne dass es einer Beanstandung bedarf, als für die freiwillige Versicherung entrichtet, wenn das Recht dazu in der Zeit der Entrichtung bestand.

(2) Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung sowie Beiträge und Umlagen nach dem Recht der Arbeitsförderung, die für die Zeit vor dem 14. August 1985 entrichtet worden sind, werden nicht erstattet.

#### Artikel 12

Die in diesem Abkommen vorgesehenen Erleichterungen werden dem abgeordneten Personal der Schule ausschließlich im Interesse der Schule gewährt. Maßnahmen zur Abberufung eines Mitglieds des abgeordneten Personals der Schule aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder der öffentlichen Sicherheit wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erst nach Anhörung des Vertreters des Obersten Rats einleiten.



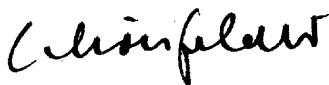
Kapitel 3  
Schlussbestimmung

Artikel 13

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Bundesrepublik Deutschland dem Obersten Rat der Europäischen Schulen mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Geschehen zu Brüssel am *31. Juli 2002* in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Regierung der  
Bundesrepublik Deutschland



Für den Obersten Rat  
der Europäischen Schulen



[TRANSLATION – TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE EXECUTIVE BOARD OF THE EUROPEAN SCHOOLS CONCERNING THE EUROPEAN SCHOOL IN FRANKFURT AM MAIN

The Government of the Federal Republic of Germany and the Executive Board of the European Schools,

Desiring to ensure that the European School in Frankfurt am Main (hereinafter referred to as “the School”) is able to fulfil its tasks in the best possible moral and material conditions, in accordance with the Protocol concerning the establishment of European Schools of 13 April 1962, Article 2,

Have agreed as follows:

CHAPTER I. SCHOOL BUILDINGS AND EQUIPMENT

*Article 1*

(1) The Government of the Federal Republic of Germany undertakes to make available free of charge the requisite buildings and initial fixtures free of charge to the Executive Board of the European Schools for use by the School for the duration of its operation. It shall take on buildings maintenance and risk liability, which are usually borne by the owner. The School shall take on running costs and maintenance costs, as well as liability for damage caused by wear, especially users’ liability for damage. Fixtures and teaching materials procured by the School shall remain its property.

(2) The city of Frankfurt am Main shall remain the owner of the School land in Frankfurt am Main together with the buildings erected thereon and initial fixtures. The city of Frankfurt am Main shall insure the School buildings in accordance with locally applicable requirements.

CHAPTER 2. PRIVILEGES AND IMMUNITIES

*Article 2*

(1) The School premises shall be under the special protection of the German authorities.

(2) The School records shall be confidential. However, files can be viewed in the framework of prosecution of criminal offences via the relevant prosecuting authorities. The personal files of teachers who do not possess German nationality may in any case be viewed only with the prior agreement of the representative of the Executive Board.

*Article 3*

(1) If the School purchases articles or takes advantage of other services which are exclusively for its statutory requirements, the Ministry for Finance shall on application refund from the turnover tax amount the turnover tax thereon included by the supplier in the bill and paid by the School, if the tax sum in the particular case exceeds €25.00. Sentence 1 shall not apply to purchases of food and tobacco products.

(2) The refund according to paragraph 1 shall only be granted in so far as the other Members of the Statute shall grant corresponding tax relief to the European Schools established on their sovereign territories.

(3) Refund applications shall be made to the Ministry for Finance enclosing the bills to be considered. An application shall be submitted before the end of the calendar year following the turnover year. It should include all refund applications for an accounting period, which shall cover at least one quarter. The School shall be notified in writing if applications are not granted.

(4) If the tax amount decreases, the School shall notify the Ministry for Finance at once, and the excessive refund shall be repaid within one month of notification. It can be settled in the framework of the refund application submitted in this period.

*Article 4*

The import of goods which the School requires exclusively for its official use shall be exempt from import tax. This shall not apply to the import of food and tobacco products. Article 3, paragraph 2 shall apply accordingly.

*Article 5*

If the School disposes of an article imported for its official use, and on whose purchase or import relief has been granted from turnover tax or import tax in accordance with Article 3, paragraph 1 or Article 4, the part of turnover tax or import tax corresponding to the disposal price shall be paid to the Ministry for Finance. For the sake of simplicity, the tax amount to be paid can be determined by applying the relevant taxation rate on supply of the article at the time of its disposal. Article 3, paragraph 4 shall apply.

*Article 6*

(1) Further reimbursements, compensations and contributions paid by the Executive Board of the European School to staff seconded to the School, based on the current understanding of provisions governing the status of staff seconded to the European Schools, shall be exempt from the part of income tax applicable to them.

(2) The salaries and similar emoluments which another Statute Member represented on the Executive Board pays to staff seconded to the School for work in this school, including the Director, which are subjected to income tax by the seconding Member, shall, on the assumption of reciprocity, be exempt from the income tax applicable thereto.

*Article 7*

The Members of the Executive Board and Boards of Inspection shall enjoy, during their terms of office and their travel to and from the meeting place:

1. Safety from interference for all their official papers and documents;
2. Exemption from all travel restrictions and foreigners' compulsory registration;
3. The same waivers in respect of currency and foreign exchange controls as representatives of foreign Governments on temporary official mission.

*Article 8*

Staff seconded to the School, members of their households and dependent family members shall not require a residence permit. The requirements in respect of compulsory registration according to registration laws of the States of the Federal Republic of Germany shall not be affected.

*Article 9*

On the territory of the Federal Republic of Germany, staff seconded to the School shall be entitled to the same privileges with regard to foreign exchange controls which are generally granted to members of staff of international organisations.

*Article 10*

(1) German legal provisions concerning compulsory participation in statutory sickness, nursing, accident and pension insurance, as well as child benefits, and compulsory contribution and assessment according to labour support legislation, shall not apply to staff seconded to the School, subject to paragraphs 2 and 3,

1. in so far as these employees belong to the social security system of the European Schools, and

2. provided the Government of the Federal Republic of Germany, after consulting the Executive Board on the matter, shall establish that the social provisions for the European School system are sufficient, and exemption from German regulations according to this clause is justified in terms of the interests of the European Schools and the seconded staff. Exemption from German regulations shall come into effect from the time the statement of the representative of the Government of the Federal Republic of Germany is published in the Federal Gazette. It shall also apply retroactively to the period preceding the statement as specified in the statement, but at least for five years before the publication of said statement in the Federal Gazette.

(2) An employee who is employed by the School at the time the statement according to paragraph 1, point 2, is submitted shall receive exemption from the regulations concerning the obligation to insure in the statutory pension insurance scheme on the basis of paragraph 1 only in case of his consent. Consent shall be notified to the provider of the pension insurance scheme within one year after the Government of the Federal Republic of Germany has made the statement according to paragraph 1, point 2. The time limit

shall also apply if the statement is made in respect of an incompetent pension insurance provider. The obligation to insure shall lapse upon receipt of the statement of consent. The employee can decide that the obligation to insure shall lapse at an earlier point in his employment at the School, but not earlier than the time specified in the statement by the Government of the Federal Republic of Germany in accordance with the last sentence of paragraph 1, point 2.

(3) Freedom of affiliation and exemption from compulsory insurance according to the statutory pension insurance regulations shall take precedence over exemption according to paragraphs 1 and 2.

#### *Article 11*

(1) If compulsory contributions to the statutory pension insurance scheme are paid for a period which is not subject to compulsory insurance based on Article 10, these contributions shall be refunded according to German regulations on wrongly paid contributions. In so far as a refund has been validated, after the Executive Board has been consulted in accordance with Article 10, paragraph 1, point 2, with priority given to establishing or replenishing the expectancy rights of the employee in the welfare system of the organisation, the contributions shall be paid out thereto. The refund demand shall lapse, notwithstanding § 27 paragraph 2 of the Fourth Book of the Code of Social Law, four years after the end of the calendar year in which the statement according to Article 10 paragraph 2 was made. Unrefunded contributions shall count as payment for voluntary insurance without any official action being required, if legislation to that effect existed at the time of payment.

(2) Compulsory contributions to statutory sickness, nursing and accident insurance as well as contributions and assessments under labour support legislation paid for the period before 14 August 1985 shall not be refunded.

#### *Article 12*

The reliefs anticipated in this Agreement shall be granted to personnel seconded to the School exclusively in the interests of the School. Measures to recall a member of staff seconded to the School on the grounds of public order or public safety shall be instituted by the Government of the Federal Republic of Germany only after the representative of the Executive Board has received a hearing.

### CHAPTER 3. FINAL PROVISIONS

#### *Article 13*

This Agreement shall come into force on the day on which the Government of the Federal Republic of Germany notifies the Executive Board of the European Schools that the domestic requirements for entry into force have been fulfilled. The definitive day shall be the day on which notification is received.

DONE in Brussels on 31 July 2002 in the German language in duplicate.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

WILHELM SCHÖNFELDER

For the Executive Board of the European Schools:

MICHAEL RYAN

[TRANSLATION – TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE  
D'ALLEMAGNE ET LE CONSEIL D'ADMINISTRATION DES ÉCOLES  
EUROPÉENNES CONCERNANT L'ÉCOLE EUROPÉENNE À  
FRANKFURT AM MAIN

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, et le Conseil d'administration des écoles européennes,

Désireux de faire en sorte que l'École européenne à Frankfurt am Main (ci-après dénommée « l'École ») puisse remplir sa mission dans les meilleures conditions morales et matérielles possibles, conformément à l'article 2 du Protocole concernant la création d'Écoles européennes, du 13 avril 1962,

Sont convenus de ce qui suit :

CHAPITRE I. BÂTIMENTS ET ÉQUIPEMENTS DES ÉCOLES

*Article premier*

1) Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne s'engage à mettre gratuitement à la disposition du Conseil d'administration des Écoles européennes les bâtiments et les équipements initiaux nécessaires que l'École utilisera pendant sa durée de vie. Le Gouvernement assume l'entretien des bâtiments et le règlement des risques, qui sont généralement à la charge du propriétaire. L'École assume les frais de fonctionnement et de maintenance, ainsi que la responsabilité des dommages liés à l'usure, en particulier la responsabilité des utilisateurs pour les dommages causés. Les équipements et les matériels pédagogiques fournis par l'École restent sa propriété.

2) La ville de Frankfurt am Main reste le propriétaire du terrain de l'École à Frankfurt am Main, ainsi que des bâtiments érigés sur celui-ci et des équipements initiaux. La ville de Frankfurt am Main assure les bâtiments de l'École conformément aux exigences locales en vigueur.

CHAPITRE 2. PRIVILÈGES ET IMMUNITÉS

*Article 2*

1) Les locaux de l'École sont placés sous la protection spéciale des autorités allemandes.

2) Les dossiers de l'École sont confidentiels. Toutefois, il est possible de consulter les fichiers dans le cadre de poursuites pour des faits punissables, par l'intermédiaire des autorités chargées des poursuites. Quoi qu'il en soit, les dossiers personnels des

enseignants qui ne possèdent pas la nationalité allemande ne peuvent être consultés qu'avec le consentement préalable du représentant du Conseil d'administration.

### *Article 3*

1) Si l'École achète des biens ou profite d'autres services destinés exclusivement à honorer des obligations légales, le Ministère des finances rembourse, sur demande, le montant de la taxe sur le chiffre d'affaires inclus par le fournisseur dans la facture et payé par l'École, si le montant de la taxe dépasse dans le cas précis 25 €. Le paragraphe 1) ne s'applique pas aux achats de denrées alimentaires ni de produits du tabac.

2) Le remboursement au titre du paragraphe 1) n'est accordé que si les autres membres du Statut octroient un allègement fiscal correspondant aux Écoles européennes établies sur leur territoire souverain.

3) Les demandes de remboursement doivent être adressées au Ministère des finances, accompagnées des factures concernées. Toute demande doit être soumise avant la fin de l'année civile qui suit l'année du chiffre d'affaires. Elle doit englober toutes les demandes de remboursement relatives à une période comptable qui doit couvrir au moins un trimestre. L'École doit être informée par écrit si des demandes ne sont pas acceptées.

4) Si le montant de la taxe diminue, l'École en informe immédiatement le Ministère des finances et l'excédent de remboursement doit être reversé dans un délai d'un mois à compter de la notification. La différence peut être réglée dans le cadre de la demande de remboursement soumise pour cette période.

### *Article 4*

L'importation de produits dont l'École a besoin exclusivement pour son usage officiel est exonérée de la taxe à l'importation. Cette exemption ne s'applique pas à l'importation de denrées alimentaires ni de produits du tabac. L'article 3, paragraphe 2, s'applique en conséquence.

### *Article 5*

Si l'École vend un bien importé pour son usage officiel et dont l'achat ou l'importation a fait l'objet d'un remboursement de la taxe sur le chiffre d'affaires ou l'importation en vertu de l'article 3, paragraphe 1, ou de l'article 4, la partie de la taxe sur le chiffre d'affaires ou l'importation correspondant au prix de vente doit être payée au Ministère des finances. Par souci de simplicité, le montant de la taxe à payer peut être calculé en appliquant le taux d'imposition pertinent à l'approvisionnement du bien au moment de sa vente. L'article 3, paragraphe 4, s'applique en conséquence.

### *Article 6*

1) Les autres remboursements, compensations et cotisations payés par le Conseil d'administration des Écoles européennes au personnel affecté provisoirement à l'École, en fonction des dispositions actuelles régissant le statut du personnel détaché



temporairement dans les Écoles européennes, sont exonérés du montant de la taxe sur le revenu qui leur est applicable.

2) Les salaires et les émoluments similaires qu'un autre membre du Statut représenté au sein du Conseil d'administration verse au personnel affecté provisoirement à l'École pour y travailler, y compris au Directeur, qui sont soumis à l'impôt sur le revenu par le membre détachant, sont exonérés de l'impôt sur le revenu applicable, partant du principe de réciprocité.

#### *Article 7*

Les membres du Conseil d'administration et des Comités d'inspection bénéficient des avantages suivants au cours de leur mandat, ainsi que lors de leurs déplacements dans le cadre de réunions :

1. Sécurité contre toute ingérence dans leurs dossiers et documents officiels ;
2. Exemption de toutes les restrictions de voyage et l'enregistrement obligatoire des étrangers ;
3. Mêmes dérogations quant aux contrôles du change de devises en tant que représentants de gouvernements étrangers en mission officielle temporaire.

#### *Article 8*

Le personnel détaché dans l'École, leur famille et les membres de leur famille à leur charge n'ont pas besoin d'un titre de séjour.

Les exigences quant à l'enregistrement obligatoire en vertu de la loi en vigueur en la matière dans les États de la République fédérale d'Allemagne ne sont pas affectées.

#### *Article 9*

Sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, le personnel affecté temporairement à l'École a droit aux mêmes privilèges relatifs au contrôle des changes que ceux généralement accordés aux membres du personnel des organisations internationales.

#### *Article 10*

1) La loi allemande qui prévoit une participation obligatoire au régime légal d'assurance couvrant les situations de maladie, de dépendance, d'accident, de retraite et les allocations familiales, ainsi que la contribution et l'évaluation obligatoires en vertu de la législation sur le soutien à l'emploi, ne s'applique pas au personnel détaché provisoirement dans l'École, sous réserve des paragraphes 2 et 3,

1. Pour autant que ces employés appartiennent au système de sécurité sociale des Écoles européennes et

2. Pour autant que le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, après avoir consulté le Conseil d'administration à cet égard, considère le régime social du système des Écoles européennes suffisant et que l'exemption des

réglementations allemandes en vertu de cette clause soit justifiée vis-à-vis des intérêts des Écoles européennes et du personnel détaché. L'exemption des réglementations allemandes entre en vigueur dès la publication de la déclaration du représentant du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne dans le Journal officiel allemand. Elle s'applique également rétroactivement à la période précédant la déclaration comme indiqué dans cette dernière, mais au moins cinq ans avant la publication de ladite déclaration au Journal officiel allemand.

2) Un employé qui est engagé par l'École au moment de la soumission de la déclaration conformément au paragraphe 1, point 2, bénéficie de l'exemption des réglementations relatives à l'obligation de participer au régime légal d'assurance pension visé au paragraphe 1, uniquement s'il exprime son consentement. Ce consentement est notifié au prestataire du régime d'assurance pension dans un délai d'un an suivant la déclaration du Gouvernement allemand, en application du paragraphe 1, point 2. Ce délai s'applique également si la déclaration est faite vis-à-vis d'un prestataire d'assurance pension inadmissible. L'obligation de s'assurer expire dès la réception du consentement. L'employé peut décider que l'obligation de s'assurer expire à un moment antérieur de son engagement à l'École, mais pas plus tôt que le moment indiqué dans la déclaration du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, conformément à la dernière phrase du paragraphe 1, point 2.

3) La liberté d'affiliation et l'exemption des réglementations relatives à l'assurance obligatoire au régime de pension légal priment sur l'exemption visée aux paragraphes 1 et 2.

### *Article 11*

1) Si des cotisations obligatoires au régime légal d'assurance pension sont versées pour une période qui n'est pas soumise à l'assurance obligatoire en vertu de l'article 10, ces cotisations doivent être remboursées conformément à la réglementation allemande sur les cotisations indûment versées. Les cotisations sont remboursées pour autant que le remboursement soit validé, après consultation du Conseil d'administration en vertu de l'article 10, paragraphe 1, point 2, la priorité étant donnée à l'établissement ou la restitution des droits en expectative de l'employé dans le système de sécurité sociale de l'organisation. La demande de remboursement expire, nonobstant le point 27, paragraphe 2, du Quatrième livre du Code de droit social, quatre ans après l'année civile au cours de laquelle la déclaration a été faite conformément à l'article 10, paragraphe 2. Les cotisations non remboursées comptent comme paiement de l'assurance volontaire sans nécessiter aucune démarche officielle, si une législation à cet effet existait au moment du versement.

2) Les cotisations obligatoires au régime légal d'assurance couvrant les situations de maladie, de dépendance, d'accident, ainsi que les cotisations et les évaluations obligatoires en vertu de la législation sur le soutien à l'emploi payées pour la période antérieure au 14 août 1985 ne sont pas remboursées.

*Article 12*

Les allègements prévus dans le présent Accord sont accordés au personnel affecté temporairement à l'École exclusivement dans l'intérêt de l'École. Les actions visant à rappeler un membre du personnel détaché dans l'École pour des motifs d'ordre public ou de sécurité publique doivent être introduites par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, uniquement après audition du représentant du Conseil d'administration.

CHAPITRE 3. DISPOSITIONS FINALES

*Article 13*

Le présent Accord entre en vigueur à la date où le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne notifie au Conseil d'administration des Écoles européennes que les mesures intérieures pour lui donner effet ont été prises. La date définitive est celle de la réception de la notification.

FAIT en double exemplaire à Bruxelles, le 31 juillet 2002, en langue allemande.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

WILHELM SCHÖNFELDER

Pour le Conseil d'administration des Écoles européennes :

MICHAEL RYAN

